

Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz

Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung
und Wohnungsbau der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Maïke Schäfer

Verteiler: Verkehrsminister:innen der Länder



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Reinhardtstraße 23, 10117 Berlin

Offener Brief

Ausbildungsverpflichtung als vergaberechtliche Grundlage im ÖPNV

Sehr geehrte Frau Dr. Schäfer,
sehr geehrte Landesverkehrsminister:innen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Berlin, 21. April 2022

wir als Jugendverband der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) haben als Teil der DGB-Jugend und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für eine Ausbildungsgarantie mit Umlagefinanzierung im Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gekämpft. Maßgeblich für unseren Einsatz war die Tatsache, dass durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen die jahrelang verschlafene katastrophale Versorgungslage junger Menschen im Bereich der beruflichen Erstausbildung endlich auch eine öffentliche Dimension erreicht hatte.

Letztendlich hat zwar die Ausbildungsgarantie ihren Weg in den Koalitionsvertrag gefunden, die konkrete Umsetzung – insbesondere im Rahmen der unterschiedlichen Voraussetzungen der Branchen – sowie ein umlagefinanziertes Anreizsystem, fehlen aber bis heute.

Als Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft beobachten wir seit Jahren, dass im Rahmen immer stärkerer Liberalisierung und der Zunahme von Wettbewerb im ÖPNV die berufliche Erstausbildung einen immer größeren Kostenfaktor für die Verkehrsunternehmen darstellt, den es möglichst zu vermeiden gilt. Dies hat zur Folge, dass vorwiegend auf Kurzausbildung, Abwerbung sowie Personaldienstleister ohne weitreichende Sozialstandards zurückgegriffen wird. Dadurch werden zum einen die Standards und die Qualität der beruflichen Erstausbildung untergraben und zum anderen eine konstante Personalentwicklung in den Verkehrsunternehmen schwierig bis unmöglich gemacht. Dies erzeugt wiederum personelle Engpässe bei allen und der Anreiz, selbst auszubilden, wird weiter untergraben.

Eine sozial-ökologische Verkehrswende kann nur gelingen, wenn bereits heute junge Menschen bestmöglich qualifiziert werden, die damit verbundenen zukünftigen Herausforderungen in der Instandhaltung, den Bahnhöfen sowie in Bus und Bahn zu meistern. Tatsächlich fehlt aber – bereits heute – bei der DB Regio die Weitsicht, die ca. 12.000 altersbedingten Abgänge (Triebfahrzeugführer:innen, Kundenbetreuer:innen im Nahverkehr und Instandhalter:innen) innerhalb der nächsten zehn Jahre ausreichend durch berufliche Erstausbildung abzubilden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) geht gleichzeitig davon aus, dass bis 2030 ca. 74.000 Beschäftigte aufgrund des demografischen Wandels in den Bereichen Fahrdienst (ca. 40.000), im technischen Bereich (ca. 20.000) und im kaufmännischen Bereich (ca. 14.000) ersetzt werden müssen.

Wir fordern Sie deshalb auf: Berufsausbildung muss von den Ländern und den Kommunen gefördert und von den Verkehrsunternehmen als Pflichtaufgabe abverlangt werden. Dies geht nur durch eine Integration der „Berufsausbildung in allen Fachbereichen“ in den Verkehrsverträgen.

Über die Vergabegesetze des Bundes und der Länder haben Sie die Möglichkeit, die Förderung der beruflichen Erstausbildung über eine generelle Ausbildungsverpflichtung als Vergabekriterium festzuschreiben.

Durch möglichst einheitliche Standards im Bereich des ÖPNV können Sie dazu beitragen, dass eine echte Verlagerung auf die klimafreundlichen Verkehrsträger der Zukunft gelingen und die grundgesetzliche Garantie eines entsprechenden Ausbildungsangebotes umgesetzt werden kann.

Freundliche Grüße

Daniel Rehn
Bundesjugendleiter

Mila-Joy Alonzo,
Bundesjugendleiterin